

Johannes Schnettler
Vizepräsident

Rede zum Antikriegstag am 1. September 2012 in Aachen

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

Tage wie diese braucht unsere Gesellschaft. Unser Zusammenleben gründet auf dem Respekt vor dem Anderen, des zivilen Interessenausgleichs und der Verständigung auf die Unantastbarkeit der Würde eines jeden Menschen. Der 1. September eines jeden Jahres erinnert uns seit 1945 an diese Grundlagen des Zusammenlebens. Es ist gut, dass wir über das Jahr auch bei anderen Gelegenheiten uns dieser Werte vergewissern.

Was für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft gilt, gilt auch für das Selbstverständnis unseres staatlichen Handelns. Der Gewaltverzicht im Austragen internationaler Konflikte wurde zur Gründungscharta der Bundesrepublik Deutschlands.

Tage wie diese sind nötig, um auf das Auseinanderdriften von Anspruch und Wirklichkeit aufmerksam zu machen und unsern Protest in die Politik hineinzutragen. Dort scheint die Erinnerung an den

1. September 1939 in Sonntagreden ihren Platz gefunden zu haben, während sie in der konkreten Politik keine Konsequenzen zeitigt.

Liebe Freundinnen und Freunde, eine neue Normalität hält Einzug in deutsche Sicherheitspolitik.

Die Normalität der Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Verteidigungsminister Thomas de Maiziére spricht offen aus, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr grundsätzlich überall möglich seien, und es keine Region gebe, in der Deutschland nichts zu suchen habe.¹

Und Bundespräsident Joachim Gauck spricht von der „Hingabe“ und der „Bereitschaft“ der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr zu Einsätzen auf dem Balkan, am Hindukusch, dem Horn von Afrika“.²

Am Antikriegstag 2012 müssen wir konstatieren:

Krieg ist wieder Mittel der Politik!

Am Antikriegstag 2012 müssen wir dem entgegenhalten: Die Erfahrung dieses verheerenden Krieges, den Deutsche in die Länder der Welt getragen haben, verpflichtet die deutsche Politik zu einem „Leitbild einer zivilen Friedensmacht“ und zur „Option für Gewaltfreiheit, für Gerechtigkeit zugunsten der Armen und für die Integrität der Schöpfung“.³

¹ Hörfunk MDR vom 1. Juli 2012

² Rede vor der Führungsakademie der Bundeswehr am 12. Juni 2012

³ Joachim Garstecki in: In der Kriegsfall. Publik Forum Nr.14, 2012

Deutsche Politik muss diesem Leitbild folgen, wollen wir verantwortungsbewusst mit unserer Erinnerung an den 1. September 1939 umgehen.

Syrien

Seit anderthalb Jahren werden wir nun ohnmächtige Zeugen eines immer brutaleren Bürgerkrieges in Syrien. Wir alle sehen uns nach einem Ende der Kämpfe und sind uns hier auch mit Papst Benedikt XVI einig, der in seiner Osteransprache sagte:

"Besonders in Syrien muss das Blutvergießen enden und unverzüglich der Weg der Achtung, des Dialogs und der Versöhnung eingeschlagen werden, ..." ⁴

Auch ein halbes Jahr später darf die Lösung auf die eskalierende Gewalt in Syrien kein militärisches Eingreifen von außen sein. Es gibt zur Verhandlungslösung keine Alternative.

Und deutsche Politik muss sich stark machen für eine solche Lösung.

„Wenn dagegen weiterhin, sei es von Seiten Russlands und Chinas, sei es durch die "Freunde Syriens", eine Seite zu Lasten der anderen unterstützt wird, man also auf den Verbleib des Assad-Regimes an der Macht oder auf einen "Sieg" der Opposition setzt, macht sich die so gesplante internationale Gemeinschaft eines Verbrechens an der syrischen Zivilbevölkerung schuldig.“ ⁵

Die deutsche Bundesregierung muss den Sonderweg des Engagements im Kreis der "Freunde Syriens" beenden und die im Völkerrecht vorgesehenen Mitteln der Diplomatie nutzen.

Wer sagt, dass die Schlüssel zur Lösung des Bürgerkrieges in Moskau oder Peking liegen, der muss sich auch fragen lassen, warum diese Schlüssel nicht auch in Washington, London, Paris oder Berlin liegen?

Nahost

Heute berichtet die Aachener Zeitung über ein Telefonat von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Die Bundeskanzlerin, so heißt es, habe den israelischen Ministerpräsidenten vor einem Militärschlag gegen den Iran gewarnt. ⁶

Das ist eine gute Nachricht, wenn, ja wenn diese Warnung nicht nur als Aufschub gemeint ist; als Aufschub bis nach den us-amerikanischen Präsidentschaftswahlen im November diesen Jahres.

Wir wissen um das Pulverfass Naher Osten und wie schnell dieses Fass explodieren kann.

⁴ so äußerte sich der Papst in seiner Osteransprache am 8.4.2012.

⁵ aus: Erklärung der Kommission Friedenspolitik von pax christi vom 14. April 2012

⁶ AZ 1. September 2012

Johannes Schnettler
Vizepräsident

Taktieren und Interessenvertretung wird aber unweigerlich in die Sackgasse des Kriegs führen.

Gefragt ist stattdessen eine politische Perspektive.

Friedensbewegungen, Gewerkschaften, national wie international, haben eine solche Perspektive wiederholt eingefordert:

Wir brauchen eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten.

Deutsche Außenpolitik, die sich den Erfahrungen des 2. Weltkriegs verpflichtet weiß, muss es sich auf die Fahnen schreiben, hierfür tatkräftig einzutreten.

Waffenhandel

Deutschland ist Europameister bei den Rüstungsexporten. Zu den Empfängern deutscher Waffen, Rüstungsgüter und Lizenzen zählen selbst Diktaturen und autoritäre Regime, die die Menschenrechte mit Füßen treten.

Wer weitere Opfer dieser skandalösen Politik vermeiden will, muss die Geschäfte mit dem Tod beenden und den Waffenhandel stoppen. Deshalb muss das Grundgesetz in Artikel 26(2) ergänzt werden: „Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert“.

Dies ist das Ziel der Kampagne „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“

Beteiligt euch an dieser Aktion und tragt euch in die ausliegenden Unterschriftenlisten ein.

Eure Unterschrift ist auch deshalb wichtig, weil die Bundesregierung den Export von Leopard-2-Panzern nach Saudi-Arabien, Katar und Indonesien plant. In den Niederlanden wurde der Verkauf von Panzern an Indonesien aufgrund der prekären Menschenrechtssituation parlamentarisch untersagt. In Deutschland besteht dazu noch keine Chance, weil die Bundesregierung auf geheime Beschlüsse ihres Bundessicherheitsrates setzt.

Diese ungeheuerlichen Planungen stehen im krassen Gegensatz zu den Politischen Richtlinien der Bundesregierung zum Rüstungsexport. Waffengeschäfte mit Staaten, in denen die Menschenrechte verletzt werden, sind von diesen Richtlinien ausgeschlossen.

Das Aktionsbündnis "Legt den Leo an die Kette" und die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ machen in diesen Tagen in vielfältiger Weise auf den skandalösen Waffendeal aufmerksam.

Johannes Schnettler

Vizepräsident

- Gestern mit Aktionen vor Krauss-Maffei Wegmann in Berlin, Kassel und München;
- Heute mit einer Demonstration in Villingen, nahe Oberndorf, dem Firmensitz von Waffenproduzent Heckler und Koch.
- Morgen und übermorgen tragen rund hundert Musikerinnen und Musiker ihren Protest mit klassischen Konzerten vor die Werkstore von Heckler und Koch.

Tage wie diese machen deutlich: „Wir treten ein für die vorrangige Verpflichtung Deutschlands für Frieden, Sicherheit, Menschenrechte und Menschenwürde.“⁷

⁷ Joachim Garstecki, a.a.O.